

Fatwa gegen Grausamkeit

Die wichtigsten sunnitischen Gelehrten verurteilten in Kairo auf Initiative eines Deutschen die Beschneidung von Frauen als schweres, strafbares Unrecht.

GIL YARON

JERUSALEM (SN). „Es ist eine historische Wende“, sagt der deutsche Menschenrechtler Rüdiger Nehberg, ein Einschnitt in der Geschichte des Islam. Dem Buchautor aus Schleswig Holstein ist etwas gelungen, das der UNO und vielen Menschenrechtsorganisationen bisher verwehrt blieb. Unter seiner Initiative fanden sich die wichtigsten religiösen Führer des sunnitischen Islam in Kairo zusammen, um gemeinsam die Praxis der weiblichen Genitalverstümmelung (FGM – Female Genital Mutilation) zu verurteilen. Mit Hilfe der deutschen Organisation „TARGET“ wird so zum ersten Mal die in islamischen Ländern verbreitete Praxis unmissverständlich offiziell verworfen.

Alle elf Sekunden wird in der Welt ein Mädchen Opfer von FGM, etwa 8000 am Tag. Rund 140 Millionen Frauen mussten die Operation über sich ergehen lassen. Ein Drittel der Mädchen kommt nach der grausamen Prozedur durch Blutverlust oder Infektionen ums Leben. Am häufigsten werden Klitoris und die kleinen Schamlippen entfernt, aber 15% erleiden die so genannte „Pharaonenbeschneidung“: Dabei werden auch die großen Schamlippen abgeschnitten und die Scheide bis auf eine kleine Öffnung zugenäht. „Das Urinieren dauert bei den

Frauen bis zu 30 Minuten, die Periode kann 14 Tage andauern“, erklärt Nehberg. Nach der Eheschließung müssen die Männer ihre Frauen gewaltsam „öffnen“: „Wenn nicht mit Geschlechtsverkehr, dann mit dem Dolch.“ Der Eingriff, der die „Treue und Moral“ der Frauen bewahren soll, ist vor allem in Nordafrika und in der islamischen Welt verbreitet, ist aber weit älter als der Islam.

Dank Nehbergs Einfluss und Drängen fanden sich diese Woche 20 führende Scheichs zu einer Konferenz in der Al-Azhar Universität in Kairo zu einer Konferenz über FGM zusammen. Das ägyptische Religionsministerium sponserte das Ereignis, zu dem selbst Scheich Jussuf Al-Karadawi, der wohl bekannteste Islamgelehrte der Moderne, erschien. Auf das Ergebnis ist

Nehberg stolz. „Ein Muslim darf einem anderen Muslim keinen Schaden zufügen. Die Beschneidung wird deswegen als eine strafbare Aggression gegenüber dem Menschengeschlecht erachtet“, erklärten die Glaubensführer in einer Fatwa (Rechtsgutachten), und setzten den sunnitischen Islam auf einen neuen Kurs. „Damit wurde deutlich erklärt, dass FGM mit der Ethik des Islam unvereinbar ist“, sagt Nehberg im Gespräch mit den „Salzburger Nachrichten“.

Nehberg, der die islamische Welt häufig und auf abenteuerliche Weise bereist hat, ist zu einem der erfolgreichsten Vorkämpfer der Frauenrechte in der islamischen Welt geworden. „Bei meinen Reisen durch die äthiopische Danakilwüste sah ich zum ersten Mal diese grau-

same Prozedur. Man erklärte mir, es sei ein Gebot des Islam. Aber ich wusste, dass das nicht stimmt.“ Nehberg kämpft seitdem gegen die Praxis an. So gelang es ihm, Sultan Ali Mira, den Glaubensführer der Muslime in der Danakilwüste, von der Überflüssigkeit und Barbarei von FGM zu überzeugen. In Mauretanien bat man ihn sogar, mit einer „Karawane der Hoffnung“ mit 14 Kamelen die neue Fatwa unter den Beduinen zu verbreiten.

Trotz der Fatwa der prestigereichen Al-Azhar Universität erregte die Konferenz in den arabischen Medien vorerst nur wenig Aufmerksamkeit. „Es wird eine lange Zeit dauern, bis diese Gewohnheit ausstirbt“, schätzt Professor Muhamad Schama von der Al-Azhar Universität im Gespräch mit den SN.



Rüdiger Nehberg mit einem Afar-Mädchen und seiner Partnerin Anette Weber. Nehberg hat erreicht, dass bei den Afar-Nomaden die Genitalverstümmelung abgeschafft wurde. Das Verbot ist nun Bestandteil der Stammes-Scharia. Bild: SN/TARGET-Rüdiger Nehberg

DER STANDPUNKT

Lehrstück in Menschlichkeit

VIKTOR HERMANN

Rüdiger Nehberg ist vielen Menschen bekannt als ein Abenteurer, der sich mit Krokodilen im Nil, mit Räubern in der Wüste und mit den Widrigkeiten des brasilianischen Dschungels anlegt – ein „Überlebenskünstler“, der Würmer isst und im Regenwald schläft.

Doch auf seinen Abenteuerreisen hat Nehberg Respekt vor den Menschen gelernt, die er besuchte – und er hat ein schreiendes Unrecht mit eigenen Augen gesehen: Die grausame Verstümmelung weiblicher Genitalien, die in vielen Ländern Afrikas als Prozedur der „Reinigung“ von Mädchen praktiziert wird.

Der Mann war erschüttert und wollte etwas tun, um diese grausame Praxis abzuschaffen. Nehberg war klug genug, nicht aufzutreten wie ein kulturimperialistischer Pascha, der den unterentwickelten Menschen des schwarzen Kontinents zeigt wo's langgeht. Er setzte auf das Gespräch. Und so schaffte er es bei diversen Stämmen in Nordafrika und nun auch bei den wichtigsten sunnitischen Rechtsgelehrten in Kairo: Eine Fatwa verbietet die Verstümmelung von Mädchen.

Die Lehre daraus: Wollen wir Menschen in anderen Ländern aus dem Elend heraushelfen, nützen Gespräche und Achtung des Anderen oft mehr als Handelsverträge, politischer Druck oder Kanonen.

OHNE PROTOKOLL

Rauchfrei Royal

Es ist nie zu spät, klüger zu werden. Dänemarks Königin Margrethe ist Kettenraucherin. Jetzt, im Alter von 66 Jahren, nimmt sie den Kampf gegen die Nikotinsucht auf. Sie verzichtet auf ihr bisheriges Motto „Wo ein Aschenbecher ist, da rauche ich.“ Zunächst will die Monarchin nicht mehr in der Öffentlichkeit rauchen. Hofsprecherin Lise Frederiksen sagte in der Zeitung „Ekstra Bladet“ direkt an die Adresse der dänischen Bevölkerung gerichtet: „Ihr werdet Ihre Majestät nicht mehr in der Öffentlichkeit rauchen sehen.“ Im zweiten Schritt will Margrethe ganz vom Nikotin lassen, wie vor Jahren schon ihr Ehemann Prinz Henrik (71).

Politiker mutieren von Brandstiftern zu Feuerwehrleuten

Die Fronten zwischen Sunniten und Schiiten im Irak verhärten sich – Vermittlung wird schwieriger

BAGDAD (SN, dpa). Auf den ersten Blick wirkt das blutige Chaos im Irak wie das Werk rachedurstiger religiöser Fanatiker. Doch die politischen Führer des Landes haben nach Ansicht von Beobachtern den Boden für die neue Welle von Anschlügen und Vergeltungsaktionen geebnet. Jetzt versuchen einige von ihnen, das Rad zurückzudrehen, ganz so, als mutierte der Brandstifter zum Feuerwehrmann. Nun zeigt sich, dass sie kaum mehr Einfluss auf die Anführer der Milizen und Terrorzellen haben. Schiitischen und sunnitischen Politikern

entgleitet die Kontrolle über die militanten Gruppen im eigenen Lager. Als ein Auslöser für die Racheakte der Sunniten gilt die Massenfürsorge in einer Behörde des Hochschulministeriums. Denn dass Dutzende von Beamten am helllichten Tag verschleppt werden konnten, ohne dass die Staatsmacht eingriff, gilt den Sunniten als Beweis für die Parteilichkeit der von den Schiiten dominierten Sicherheitskräfte.

Die Hintergründe der Entführung liegen im Dunkeln. Die Kidnapper, die einen Teil der Beamten

sofort wieder freiließen, einige misshandelten und andere töteten, sollen zur schiitischen Mahdi-Armee gehören. Auf die Machenschaften dieser Miliz, die auf den Befehl des Schiiten-Predigers Muktada al-Sadr hört, hat Ministerpräsident Al-Maliki ohnehin kaum Einfluss.

Was das Fass endgültig zum Überlaufen gebracht hatte war ein Kommentar des Vorsitzenden der Irakischen Konsensfront, Adnan Dulaimi. Der Chef der stärksten Sunniten-Partei im Parlament warf den schiitischen Abgeordneten vor, sie hörten zu stark auf den Rat des

schiitischen Regimes in Teheran. Die Schiiten bezichtigten ihn der Unterstützung von Terrorgruppen.

Angeht dieser Entwicklung ist schwer vorstellbar, dass die in Washington lancierte Idee einer Einbindung Syriens und des Irans in die Suche nach einem Ausweg aus dem Chaos schnellen Erfolg bringen könnte. Dennoch hofft so mancher Politiker in Bagdad, dass die Iraker den gordischen Knoten durchschlagen können, sollten die Nachbarn aufhören, Öl ins Feuer zu gießen und stattdessen auf eine Beruhigung der Lage hinwirken.

Schweizer fürchten „Fass ohne Boden“

Eidgenossen stimmen darüber ab, ob sie die ärmeren EU-Mitglieder mit einer Milliarde Franken unterstützen wollen

STEPHAN ISRAEL

BRÜSSEL (SN). Soll die Schweiz als Nichtmitglied im Klub den zehn neuen EU-Mitgliedsstaaten mit einer Milliarde Schweizer Franken unter die Arme greifen? Die Schweizerinnen und Schweizer werden am Sonntag in einer Volksabstimmung diese Frage beantworten. Wie immer, wenn es um Geld geht und dann noch für die EU, sind die Eidgenossen skeptisch. Die Volksabstimmung über die so genannte Kohäsionsmilliarde wird zur Zitterpartie.

Weshalb wird die Schweiz überhaupt zur Kasse gebeten? Je nachdem wo man fragt, fällt die Antwort anders aus: Die Regierung in Bern versucht im Abstimmungskampf die Milliarde an die Kohäsionspolitik der EU als freiwilligen Beitrag,



Christoph Blochers Partei warnt davor, Schweizer Geld an die EU zu zahlen Bild: SN/AP

als Akt helvetischer Großzügigkeit darzustellen.

Das Geld soll über fünf Jahre ausbezahlt werden und der Finanzierung von neuen Schulen, Krankenhäusern und Verkehrsverbindun-

gen in den zehn neuen EU-Mitgliedsstaaten dienen. Aus Sicht der EU-Kommission kann von Freiwilligkeit keine Rede sein. Für Brüssel ist die Milliarde der Eintrittspreis zum Binnenmarkt, auf dem die

Schweizer Wirtschaft mit Erfolg ihre Produkte absetzt. Die Schweiz profitiere schon heute als Trittbrettfahrerin vom Abbau des Wohlstandsgefälles in der EU.

Die Schweizer Regierung wird am Sonntag mit großer Spannung auf das Verdikt des Volkes warten. Der Bundesrat hat es den Gegner der Kohäsionsmilliarde mit Halbwahrheiten im Abstimmungskampf einfach gemacht.

Nicht nur freiwillig, sondern einmalig sei der Schweizer Beitrag, so der Bundesrat in Bern. Das Geld soll über fünf Jahre in Tranchen von 200 Millionen Franken ausbezahlt werden. Zumindest in Brüssel ist klar, dass die EU-Kommission nach Ablauf der fünf Jahre wieder anknöpfen wird.

Ein offenes Geheimnis ist es zudem, dass die EU nach dem Beitritt

Rumäniens und Bulgariens Nachforderungen stellen wird.

Bundesrat Christoph Blocher, dessen rechtspopulistische Volkspartei (SVP), die Abstimmung mit einer Unterschriftensammlung erzwungen hat, hält sich zwar persönlich still. Seine Partei warnte im Abstimmungskampf dafür umso lauter vor einem „Fass ohne Boden“. Die Schweiz werde nur noch „zahlen, zahlen und zahlen“ müssen.

Für die Regierung in Bern steht im Fall eines „Nein“ der Schweizer Sonderweg der bilateralen Beziehungen mit der EU auf dem Spiel. Bei der EU-Kommission macht man kein Geheimnis daraus, dass ein „Nein“ zur Kohäsionsmilliarde das Klima zwischen Brüssel und Bern deutlich abkühlen und künftige Verhandlungen negativ beeinflussen würde.